

Die Vorsitzende begrüßt die Vertreter des Oberbergischen Kreises, Herrn Ralf Schmallenbach, Dezernent für Gesundheit, Jugend und Soziales, und Frau Stefanie Ridders, Leiterin des Kreisjugendamts; beide stellen sich auch selbst kurz vor.

Zu Beginn wird ein Handout zum Thema verteilt. Die darin enthaltenen Zahlen werden kurz erläutert. Frau Ridders zufolge basieren sie auf einer Aufbereitung durch regio.it mit Stand vom 1.11.2020.

Ziel ist Herrn Schmallenbach zufolge, eine bedarfsgerechte Kita-Versorgung zur Verfügung zu stellen. Dafür seien zurzeit ca. 50 Millionen Euro im Kreishaushalt eingeplant. Das Konzept stamme aus den Jahren 2007/08. Seitdem seien zehn neue Gesetze mit Auswirkungen auf die Planung verabschiedet worden. Die Bedürfnisse der Eltern an Betreuungszeiten seien gestiegen. Deshalb sollten im Kreis bis 2021 300 neue Plätze eingerichtet werden. Unwägbarkeiten bei Zu- und Wegzügen, so Frau Ridders, erschwerten die Planung, bei den Kitas gebe es aber eine Pufferzone, die Überbelegungen ermögliche.

BM Thul spricht sich für eine Ausweitung der Notbetreuung aus, Frau Ridders erklärt, die Anregung mitzunehmen. Schon jetzt würden sich die Kitas dabei absprechen. Pädagogen stünden allerdings auf dem Standpunkt, dass Eltern sich, wenn möglich, mehr in die Betreuung einbinden müssten, gerade die mit dem Maximum an gebuchten Betreuungsstunden.

Herr Caylak erkundigt sich nach der Definition der Kategorie „mit Behinderung“ (Handout S. 12) und ab welchem Grad der Behinderung Kinder danach eingestuft würden. Frau Ridders sagt zu, dazu Informationen nachzureichen (die ins Protokoll aufgenommen werden sollen).

Frau Hepner erkundigt sich nach der Gebührenkalkulation. StVRin Adolfs teilt mit, diese geschehe zuständigkeithalber bei der Stadt Bergneustadt; anders als Frau Hepner vermute, habe die Kinderzahl in einer Familie Einfluss auf die Berechnung des Eigenbeitrags. Ab dem dritten Kind gebe es einen Freibetrag.

Eine Information ans Jugendamt durch die Stadt zu Veränderungen in der Stadtteilstruktur sei hilfreich, erklärt Frau Ridders auf Frage von BM Thul.

Die Kostensteigerung der letzten Jahre sei hauptsächlich auf die Ausweitung der Kindertagespflege und Erhöhung der Honorare zurückzuführen, so Herr Schmallenbach auf eine Frage des Stv Pektas im Zusammenhang mit der Aufteilung im Schema auf S. 12 des Handouts.

BM Thul erklärt, anders als bei der Kreisumlage sei Bergneustadt bei der Jugendamtsumlage „Nehmerkommune“.

Stv Lenz bezweifelt das. Mit Bezug auf die präventive Kinder- und Jugendarbeit, innerhalb derer er die Aktivitäten der zum Teil vom Kreis finanzierten städtischen Sozialarbeiter/inne/n hervorhebt, mangle es ihm an Kommunikation im Tagesgeschäft und Transparenz, auch was die Kosten angehe, die er gern pro Kommune aufbereitet hätte. Herr Schmallenbach räumt ein, dass die Transparenz noch gesteigert werden könne. Es sei Aufgabe der Politik zu entscheiden, was zu tun sei und ob die erforderlichen Mittel dafür bereitgestellt würden. Zurzeit sei es nicht möglich, der Gesetzeslage gerecht zu werden.

BM Thul kündigt einen TOP „Präventive Kinder- und Jugendhilfe“ in der nächsten Sozialausschusssitzung mit Herrn Schacht als Referenten an.

StVRin Adolfs merkt unter Aufzählung von Beispielen an, dass bereits sehr viel Präventivarbeit durch das Kreisjugendamt geleistet werde.

Auf die Frage des Stv Krieger, in welcher Zeit mit einem Handlungsrahmen zu rechnen sei, erklärt Herr Schmallenbach, das Gesamtkonzept werde im zuständigen Ausschuss des Kreises vorgestellt, danach werde auch im Hinblick auf die zu erwartende Gesetzeslage Schritt für Schritt vorgegangen.

Die Vorsitzende dankt für die Vorstellung und sagt, sie hoffe auf weitere Termine zum Thema.